

**19. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Tommy Tabor und Dr. Hugh Bronson (AfD)**

vom 8. Dezember 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Dezember 2025)

zum Thema:

**Spandau: Wahlberechtigte Unionsbürger im Bezirk (Europawahl 2024)**

und **Antwort** vom 7. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 8. Januar 2026)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD) und  
Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24 652  
vom 8. Dezember 2025  
über Spandau: Wahlberechtigte Unionsbürger im Bezirk (Europawahl 2024)

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Personen mit der Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union lebten am 09.06.2024 im Bezirk?
2. Wie viele dieser Unionsbürger erfüllten zum 09.06.2024 grundsätzlich die rechtlichen Voraussetzungen, um an der Europawahl in Deutschland wahlberechtigt zu sein (z. B. Alter, Wohnsitzdauer, Staatsangehörigkeit)?
3. Wie viele dieser wahlberechtigten Unionsbürger waren am 09.06.2024 im Wählerverzeichnis des Bezirks eingetragen?
4. Wie viele dieser wahlberechtigten Unionsbürger waren nicht im Wählerverzeichnis eingetragen?
5. Wie viele Unionsbürger haben einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt (einmalig oder erneut)?
6. Wie viele Unionsbürger mussten keinen Antrag auf Eintragung stellen, weil sie bereits aufgrund einer früheren Wahl im Wählerverzeichnis geführt wurden?
7. Wie hoch ist der Anteil der im Wählerverzeichnis eingetragenen Unionsbürger in Prozent, bezogen auf die Gesamtzahl der wahlberechtigten Unionsbürger im Bezirk?
8. Wie hoch ist entsprechend der Anteil der nicht eingetragenen Unionsbürger in Prozent (bitte aufschlüsseln nach Herkunftsland)?

9. Wie viele wahlberechtigte Unionsbürger (sowohl eingetragen als auch nicht eingetragen) gab es jeweils nach Staatsangehörigkeit (z. B. Polen, Italien, Frankreich usw.)?
10. Wie verteilen sich die Eintragungen und Nicht-Eintragungen prozentual nach Staatsangehörigkeit?
11. Wie viele Unionsbürger waren bei der vorherigen Europawahl wahlberechtigt, eingetragen bzw. nicht eingetragen?
12. Wie hat sich die Zahl der eingetragenen und nicht eingetragenen Unionsbürger von 2019 bis 2024 verändert (bitte in absoluten Zahlen und Prozent)?

Zu 1. bis 12.:

Es wird auf die Ausführungen in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage 19/24 650 verwiesen.

Bezüglich der Zusammensetzung von im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen nach Nationalität eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union sind im Übrigen für den Bezirk Spandau nachfolgende Daten und Entwicklungen zwischen den Wahlen 2019 und 2024 festzuhalten.

Staatsangehörigkeit	im Wählerverzeichnis eingetr. Personen mit nicht-deutscher EU-Staatsangehörigkeit (9. Juni 2024)	im Wählerverzeichnis eingetr. Personen mit nicht-deutscher EU-Staatsangehörigkeit (26. Mai 2019)	Veränderung / Entwicklung in % zwischen 2019 und 2024
Bulgarien	43	33	30,3%
Dänemark	12	9	33,3%
Finnland	14	16	-12,5%
Frankreich	57	50	14,0%
Griechenland	37	38	-2,6%
Irland	5	4	25,0%
Italien	65	59	10,2%
Kroatien	37	27	37,0%
Lettland	6	3	100,0%
Litauen	4	5	-20,0%
Luxemburg	1	-	-
Niederlande	33	25	32,0%
Österreich	87	77	13,0%

Polen	179	156	14,7%
Portugal	13	12	8,3%
Rumänien	15	16	-6,3%
Schweden	13	16	-18,8%
Slowakei	3	3	0,0%
Slowenien	18	17	5,9%
Spanien	22	23	-4,3%
Tschechien	11	10	10,0%
Ungarn	12	13	-7,7%
<i>Vereinigtes Königreich*</i>	-	45	-
Zypern	1	-	-
Gesamt	692	662	4,5%

\* Austritt aus der Europäischen Union in 2019

Hinsichtlich der als Orientierungsgröße dienenden Angaben der versandten Informationsschreiben ist ergänzend festzuhalten, dass diese im Bezirk in 2024 546 Fälle und 2019 485 Fälle umfassten, die bereits von Amts wegen eingetragen wurden, und in 2024 16.174 Fälle und 2019 14.246 Fälle, in denen auf die Notwendigkeit eines fristgebundenen förmlichen Antrags auf Eintragung ins Wählerverzeichnis hingewiesen wurde.

Berlin, den 7. Januar 2026

In Vertretung

Christian Hochgrebe  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport